

Gesellschafterbeschluss

für die

- Erteilung und Änderung der Versorgungszusage eines (Gesellschafter-)Geschäftsführers^{*)}
- Verpfändung einer Rückdeckungsversicherung

Mit Urteil vom 25.03.1991 - II ZR 169/90 hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass für die **Erteilung und Änderung von Geschäftsführerverträgen und Versorgungszusagen** (Pensionszusagen, Versicherungszusagen etc.) an den Gesellschafter-Geschäftsführer bzw. einen Fremdgeschäftsführer einer GmbH die Gesellschafterversammlung zuständig ist, sofern nach Gesetz oder Satzung keine anderweitige Zuständigkeit bestimmt ist. Somit ist grundsätzlich ein Gesellschafterbeschluss erforderlich.

Nach einem Urteil des OLG Düsseldorf gilt das nicht nur für die bAV-Zusage, sondern auch für die zur Sicherung der Ansprüche aus einer Pensionszusage vorgenommene Verpfändung der Rückdeckungsversicherung; obwohl es sich bei dieser (soweit ersichtlich einzigen) Entscheidung nicht um höchstrichterliche Rechtsprechung handelt, empfehlen wir die Beachtung aus Gründen der Rechtssicherheit.

Bei der **Form** eines Gesellschafterbeschlusses über die Erteilung einer Versorgungszusage an einen Gesellschafter-Geschäftsführer bzw. einen Fremdgeschäftsführer gelten **keine Besonderheiten** gegenüber anderen Gesellschafterbeschlüssen. Er kann im Rahmen einer Gesellschafterversammlung (Entwürfe siehe folgende Seiten) oder schriftlich getroffen werden, sofern alle Gesellschafter dem schriftlichen Verfahren zustimmen. Der versorgungsberechtigte Gesellschafter-Geschäftsführer ist dabei stimmberechtigt (BGH-Urteil vom 29.09.1955 - II ZR 225/54). Auch der Allein-Gesellschafter einer Ein-Personen-GmbH muss diese Grundsätze beachten und neben der Versorgungszusage einen Gesellschafterbeschluss fassen.

Voraussetzung für die steuerliche Anerkennung einer Versorgungszusage

Voraussetzung für die Bildung von **Pensionsrückstellungen** aufgrund einer **Pensionszusage** an einen Gesellschafter-Geschäftsführer bzw. einen Fremdgeschäftsführer ist, dass die **Gesellschafterversammlung diese Zusage beschlossen oder genehmigt hat**. Dies gilt auch dann, wenn die Zusage und ggf. die Nachträge vor dem 25.03.1991, dem Tag der BGH-Entscheidung, erteilt worden ist (BMF-Schreiben vom 21.12.1995).

Beiträge zu **Direktversicherungen** werden bei Gesellschafter-Geschäftsführern als **Betriebsausgabe** anerkannt, wenn die **Erteilung der Versicherungszusage oder ggf. deren Aufstockung von der Gesellschafterversammlung beschlossen oder genehmigt wurde** (dies ergibt sich aus dem BMF-Schreiben vom 16.05.1994). Gleiches gilt für die Zuwendungen an eine Unterstützungskasse, Pensionskasse¹ und einen Pensionsfonds.

^{*)} gilt für Gesellschafter-Geschäftsführer und für Nur-Geschäftsführer

¹ Neue Gruppenverträge zur Allianz Pensionskasse werden bereits seit 2019 nicht mehr angenommen.

Gesellschafterbeschluss über die Erteilung einer Direktversicherungszusage / Pensionsfondszusage^{*)}

Wir, die unterzeichnenden alleinigen Gesellschafter der _____ GmbH,
halten hiermit unter Verzicht auf alle durch Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Formen und Fristen
für die Einberufung eine Gesellschafterversammlung ab und beschließen:

1. Für ihren (Gesellschafter-)Geschäftsführer, _____
richtet die Firma aus Anlass ihrer/seiner Tätigkeit für das Unternehmen eine betriebliche Altersversorgung in
Form einer^{*)}
 - Direktversicherung bei der Allianz Lebensversicherungs-AG
 - Zusage auf Pensionsfonds-Leistungen über die Allianz Pensionsfonds AG
 ein.
2. Die Beiträge für die genannte Versorgung werden eingebracht nach^{*)}
 - § 3 Nr. 63 EStG § 10a EStG § 40b EStG ^{†)}
3. Die Versorgung beinhaltet:^{*)}
 - Altersversorgung nach Tarif _____ ab dem _____. Lebensjahr (Endalter)
 - Baustein zur Berufsunfähigkeitsvorsorge
 - Baustein zur Hinterbliebenenvorsorge
 - Versorgungsbeginn: _____
 - Versorgungsbeitrag:
 - _____ EUR, zahlbar 1/_____ jährlich/monatlich
 - steigend gemäß der sich aus dem Versicherungsschein / der
Versicherungsbescheinigung ergebenden vereinbarten
Zuwachsvereinbarung^{*)}
 - _____ % der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen
Deutschen Rentenversicherung (West), zahlbar 1/_____ jährlich/monatlich
in zwölf gleich hohen Teilbeträgen^{*)}
 - Überschussanteile werden zur Erhöhung der Versorgungsleistung verwendet.
 - Der (Gesellschafter-)Geschäftsführer ist hinsichtlich sämtlicher Leistungen der Versorgung unwiderruf-
lich bezugs-/anspruchsberechtigt. Werden bei seinem Tod Leistungen fällig, so sind hierauf die in der
Versorgungszusage genannten Hinterbliebenen unter den dort geregelten Bedingungen widerruflich
bezugs-/anspruchsberechtigt.
 - Möglichkeit der Inanspruchnahme vorgezogener Versorgungsleistungen nach Maßgabe der Versor-
gungszusage
4. Dem (Gesellschafter-)Geschäftsführer wird nach Abschluss der Versicherung / Versorgung eine Versorgungs-
zusage erteilt. Art und Umfang der Versorgung ergibt sich aus dieser Versorgungszusage bzw. dem beige-
fügten Versorgungsantrag.
5. Die Firma zahlt die Versicherungsbeiträge nach Maßgabe der beigefügten Versorgungszusage. Bei Ertei-
lung einer Direktversicherungszusage nach § 40b EStG zahlt die Firma darüber hinaus die darauf entfallende
pauschale Lohn- und Kirchensteuer.

Ort, Datum	Gesellschafter	_____ % Anteile
	Gesellschafter	_____ % Anteile
	Gesellschafter	_____ % Anteile

^{*)} Zutreffendes bitte ankreuzen / ergänzen bzw. Nichtzutreffendes bitte streichen

^{†)} Nicht möglich bei Versorgung über Pensionsfonds

Gesellschafterbeschluss über die Erteilung einer Pensionszusage / Zusage auf Unterstützungskassen-Leistungen und der Verpfändung einer Rückdeckungsversicherung^{*)}

Wir, die unterzeichnenden alleinigen Gesellschafter der _____ GmbH, halten hiermit unter Verzicht auf alle durch Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Formen und Fristen für die Einberufung eine Gesellschafterversammlung ab und beschließen:

- Der (Gesellschafter-)Geschäftsführer, _____, erhält aus Anlass ihrer/seiner Tätigkeit für das Unternehmen^{*)}
 - die beigefügte Pensionszusage / den beigefügten Nachtrag zur Pensionszusage vom _____.
 - eine Zusage auf Unterstützungskassen-Leistungen über den Allianz-Pensions-Management e. V.
Die Versorgung beinhaltet:
 - Altersversorgung ab Endalter _____, vorzeitige Inanspruchnahme nach Maßgabe der beigefügten Versorgungszusage
 - Berufsunfähigkeitsversorgung
 - Hinterbliebenenversorgung
- Näheres über Art und Umfang der Versorgung ergibt sich aus der beigefügten Pensionszusage / Leistungsplan / Antrag zur Einrichtung einer Versorgung über die Unterstützungskasse vom _____^{*)}, ggf. nebst beigefügten Nachträgen.
- Soweit die Gesellschaft eine Pensionszusage erteilt (hat) und zu deren Finanzierung eine oder mehrere Rückdeckungsversicherung(en) abgeschlossen hat oder abschließen wird, stimmen wir als Gesellschafter hiermit zu, dass die Leistungen aus der(n) Rückdeckungsversicherung(en) zur Sicherung der Ansprüche des (Gesellschafter-)Geschäftsführers aus der erteilten Pensionszusage durch Vereinbarung des (Gesellschafter-) Geschäftsführers mit der Gesellschaft verpfändet werden.

Ort, Datum

Gesellschafter

_____%
Anteile

Gesellschafter

_____%
Anteile

Gesellschafter

_____%
Anteile

Gesellschafterbeschluss für die Verpfändung einer Rückdeckungsversicherung

Wir, die unterzeichnenden alleinigen Gesellschafter der _____ GmbH, halten hiermit unter Verzicht auf alle durch Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Formen und Fristen für die Einberufung eine Gesellschafterversammlung ab und beschließen:

Soweit die Gesellschaft für _____ eine Pensionszusage erteilt (hat) und zu deren Finanzierung eine oder mehrere Rückdeckungsversicherung(en) abgeschlossen hat oder abschließen wird, stimmen wir als Gesellschafter hiermit zu, dass die Leistungen aus der(n) Rückdeckungsversicherung(en) zur Sicherung der Ansprüche des (Gesellschafter-) Geschäftsführers aus der erteilten Pensionszusage durch Vereinbarung des (Gesellschafter-) Geschäftsführers mit der Gesellschaft verpfändet werden. Soweit Verpfändungsvereinbarungen bereits geschlossen wurden, genehmigen wir sie hiermit ausdrücklich.

_____ Ort, Datum	_____ Gesellschafter	_____ Anteile %
	_____ Gesellschafter	_____ Anteile %
	_____ Gesellschafter	_____ Anteile %

Gesellschafterbeschluss über die Neuordnung der bestehenden betrieblichen Altersversorgung^{*)}

Wir, die unterzeichnenden alleinigen Gesellschafter der _____ GmbH, halten hiermit unter Verzicht auf alle durch Gesetz und Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Formen und Fristen für die Einberufung eine Gesellschafterversammlung ab und beschließen:

Die zugunsten des (Gesellschafter-)Geschäftsführers _____ aus Anlass ihrer/seiner Tätigkeit für das Unternehmen bestehende Versorgung vom _____ im Durchführungsweg _____ wird übertragen auf eine:

- Zusage auf Pensionsfonds-Leistungen über die Allianz Pensionsfonds AG.
- Zusage auf Unterstützungskassen-Leistungen über den Allianz-Pensions-Management e. V.
- Liquidations-Direktversicherung über die Allianz Lebensversicherungs-AG.

Näheres über Art und Umfang der Versorgung ergibt sich aus dem/den beigefügten Versorgungsantrag (-anträgen) sowie ggf. den sonstigen Versorgungsunterlagen. Die Firma zahlt den Versorgungsbeitrag / die Versorgungsbeiträge nach Maßgabe der beigefügten Versorgungsunterlagen.

_____ Ort, Datum	_____ Gesellschafter	_____ Anteile %
	_____ Gesellschafter	_____ Anteile %
	_____ Gesellschafter	_____ Anteile %

^{*)} Im Folgenden Zutreffendes bitte ankreuzen / ergänzen bzw. innerhalb eines Punktes Nichtzutreffendes bitte streichen